

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des
Übereinkommens zur Beendigung bilateraler Investitionsschutzverträge
zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union**

Vom 28. Mai 2021

I.

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 15. Januar 2021 zu dem Übereinkommen vom 5. Mai 2020 zur Beendigung bilateraler Investitionsschutzverträge zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (BGBl. 2021 II S. 3, 4) wird bekannt gemacht, dass das Übereinkommen nach seinem Artikel 16 Absatz 2 für die

Bundesrepublik Deutschland am 9. Juni 2021
in Kraft treten wird.

Die deutsche Ratifikationsurkunde ist am 10. Mai 2021 beim Generalsekretär des Rates der Europäischen Union hinterlegt worden.

II.

Ferner ist das Übereinkommen nach seinem Artikel 16 Absatz 2 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Bulgarien	am 13. Dezember 2020
Dänemark	am 29. August 2020
Estland	am 17. Februar 2021
Kroatien	am 25. Oktober 2020
Lettland	am 28. Februar 2021
Malta	am 28. November 2020
Niederlande*	am 31. März 2021
nach Maßgabe einer territorialen Erklärung	
Polen	am 4. April 2021
Slowakei	am 13. November 2020
Slowenien	am 10. März 2021
Ungarn	am 29. August 2020
Zypern	am 6. November 2020.

* Erklärungen:

Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Rats der Europäischen Union unter <https://www.consilium.europa.eu/de/> einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 28. Mai 2021

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick